

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Montag nachmittags außer Sonn- und Feiertagen. Preisprospekt: frei. Preis monatlich 2,00 Mark, durch die Post bezogen 2,50 Mark. Eine Jahresbestellung 20,00 Mark. Druck: Verlags- und Vertriebsstelle für den Bezirk Halle-Merseburg: G.m.b.H. Halle, Vertriebsstraße 14.

Verlagspreis: 15 Pfennig für den Vierteljahr, 50 Pfennig für den Halbjahr, 1,00 Mark für den Jahrgang. Einzelhefte 5 Pfennig. Adressen: Halle, Vertriebsstraße 14. Halle, Postfach 100. Halle, Postfach 100. Halle, Postfach 100.

Einzelpreis 10 Pf.

Halle, Sonnabend, 25. Juni 1927

7. Jahrgang • Nr. 147

Gewerkschaften, auf zum Kampf!

Heraus gegen Zoll- und Steuerwucher! — Schluß mit den leeren Worten! — Organisiert die Abwehraktion!

Der letzte Groschen dem Anti-Kriegsfonds der Partei!

(Eig. Draht.) Berlin, 25. Juni.

Die am 23. Juni 1927 stattgefundene Plenarversammlung des Ortsausschusses Berlin des ADGB, nahm zur Zollwucherverlage des Bürgerblocks Stellung und erhob gegen die räuberische ausbeuterische Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung heftigen Widerstand. Sie richtet an die parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, mit allen parlamentarischen Mitteln solcher Politik entgegenzutreten. Die Plenarversammlung als Vertretung der organisierten Arbeiterschaft Berlins fordert, daß die Zölle und Steuern aus dem Lebensbedarf nicht nur nicht weiter gesteigert, sondern abgebaut werden, damit ihre Lebensunmöglichkeit nicht noch mehr erschwert wird.

Wird dieser Forderung nicht entsprochen, so versprechen die Delegierten, in ihren Organisationen dahin zu wirken, auch die Anwendung aller außerparlamentarischen Mittel zu erwägen, um diese unerträgliche und wucherische Zoll- und Steuerpolitik der Reichsregierung abzumehren.

Hierzu schreibt die „Rote Fahne“: „Der Berliner Ortsausschuß des ADGB, spricht unter dem Druck der Arbeiterschaft aus, daß nur eine gemeinsame Aktion der Arbeiter die Wucherzölle des Bürgerblocks zu Fall bringen kann, obwohl er an anderer Stelle von evtl. Anwendung außerparlamentarischer Kampfmittel spricht, fordert er für die Gegenwart nur das Einsetzen aller parlamentarischen Mittel. Er trennt damit den parlamentarischen Kampf von der Anwendung außerparlamentarischer Mittel, obwohl erst diese Verbindung die Abwehraktion wirksam macht. Das Einsetzen aller parlamentarischen Mittel ist die Obrution, d. h. die Verbindung der parlamentarischen Beschlußfassung über die Wucherzollvorlage mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Eine parlamentarische Opposition gegen eine kompakte Mehrheit, wie die des Bürgerblocks, die entschlossen ist, unter brutaler Vergewaltigung der parlamentarischen Minderheit, gerade weil diese die Mehrheit des Volkes vertritt, ihre Wucherzölle durchzusetzen, kann nur dann erfolgreich sein, wenn die Opposition im Parlament sich auf eine breite Massenbewegung außerhalb des Reichstages stützt. Um diese Verbindung zwischen Parlament und außerparlamentarischer Aktion durchzuführen, ist ein Doppeltes nötig:

Einmal die Organisierung der Obrution im Parlament, zweitens die Mobilisierung der Massen außerhalb des Reichstages.

1 1/2 Milliarden Mehreinnahmen aus Steuern und Zöllen!

(Eig. Meld.) Berlin, 24. Juni.

Nach den neuesten Berechnungen des Reichsfinanzministeriums hat das Reich im April und Mai bei den Einnahmen aus Zoll- und Steuerabgaben gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres ein Mehreinkommen von 350 Millionen Mark erzielt. Nach den Reichstagsberechnungen sollen aber im ganzen laufenden Wirtschaftsjahre, also vom April 1927 bis April 1928 nur 375 Millionen Mark aus diesen Einnahmequellen mehr kommen. In zwei Monaten des Wirtschaftsjahres allein hat also das Reich mehr als die Hälfte des veranschlagten Mehreinkommens eingetriben. Das bedeutet, daß das Reich am Ende des Jahres nicht 375 Millionen mehr vereinnahmt haben wird, sondern die ungeheure Summe von 1 1/2 Milliarden Mark zu viel aus der Bevölkerung herausgezogen haben wird.

Was geschieht mit diesen Ueberflüssen, ist die erste Frage, die sich jedem aufdrängt. Aber die Antwort ist ebenso nahe liegend: Die Bürgerblockregierung wird sie verwenden zu Geheltem an die Industrie, zu Geheltem an die Fürsten und Monarchisten, zu Küstungen und zu Geheimfonds „zur besonderen Verwendung“. Kein Pfennig wird davon benutzt werden, um die Not der breiten Masse zu lindern, um Kranke zu

heilsamen oder um sonst welche Maßnahmen im Interesse der Bevölkerung durchzuführen.

Das Gegenteil ist der Fall! Diese Regierung kommt und will uns durch höhere Steuern und Zölle noch mehr ausbeuten als bisher! Das ist eine un-

Um die Partei!

Die außerordentlich gespannte Lage, die auch nach Genf nichts von ihrer Bedrohlichkeit verloren hat, stellt uns vor gewaltige Aufgaben. Die Durchführung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, die Mobilisierung für die unabweislichen großen Kämpfe, die Vorbereitung der revolutionären Arbeit während des Krieges erfordern außerordentliche Anstrengungen. Wir müssen eine gewaltige Agitation unter den breitesten Volksschichten entfalten, wenn wir unsere revolutionären Pflichten erfüllen wollen. Dazu gehören große Geldmittel, die wir nicht aus laufenden Einnahmen zurückerlösen können und die wir deshalb durch besondere Sammlungen beschaffen müssen. Deshalb hat das Zentralkomitee die

Gründung eines Anti-Kriegsfonds

beschlossen, der uns finanziell in die Lage versetzen soll, unsere Aufgaben zu erfüllen.

Das Zentralkomitee gibt Marken von 10, 20 und 50 Pf., heraus. Wer darüber hinaus die Partei in ihrem Kampfe unterstützen will, der zahle seinen Beitrag auf das Postkontanto Wilhelm Pieck, Berlin NW, 7, 102 254 ein, mit dem Vermerk: „Für den Anti-Kriegsfond“.

Gewissen, sammelt unter den besten Massen unter der Bedingung:

Krieg dem imperialistischen Kriege!

Gibt der Kommunistischen Partei Deutschlands, der Partei Karl Liebknecht, die Waffen für ihren revolutionären Kampf!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale).

erhörte Klassenpolitik im Interesse des Geldhehlers der Großkapitalisten und Börsenbänken, die durch die einige Front der Massen zurückgeschlagen werden muß. Wer bis jetzt noch beiseite stand und nicht die Notwendigkeit der Mobilisierung gegen die Bürgerblockregierung begriffen hatte, der muß durch diese Tatsachen wadgerüttelt werden!

Fort mit der Bürgerblockregierung!



Die Genossenschaften gegen die Zölle!

Wo bleiben die Kampfmaßnahmen?

W. U. Der am 21. und 22. Juni tagende 24. Genossenschaftstag folgte die Erregung der proletarischen Verbraucher über die Steuerpolitik des Bürgerblocks wider. Selbst der Redner des Generalkongresses mußte zugeben, daß die deutsche Regierung nicht daran denkt, Zölle abzubauen. Jede Regierung sei für den Zollabbau aber nicht im eigenen Lande. Kollmann vom Generalkongress erklärte: „Die Zollvorlage ist seit einem Jahre so schlimm, wie sie schlimmer nicht sein kann“. Es lebe lo aus, als ob die Regierung den Reichsblock überhaupt abhauen wolle. Der Genossenschaftstag beschloß dementsprechend eine Resolution gegen die Zollpolitik der Regierung. Zugleich schloß aber die Mehrheit des Genossenschaftstages die Organisierung des außerparlamentarischen Kampfes gegen die Bürgerblockpolitik ab. Dieses Verbot zeigt, daß die bürgerlichen Delegierten, ebenso wie die angewandten sozialdemokratischen Delegierten sich auf platonische Erklärungen über die Zollpolitik beschränken wollen. Indem die sozialdemokratischen Delegierten es ablehnten, den Antrag der Opposition zu unterstützen, haben sie tatsächlich der Zollpolitik des Bürgerblocks gebilligt. Die steigende Teuerung der Lebensmittel infolge der Wirtschaftskrisis und Agrarkrisis und der Bürgerblockregierung lenkt den Neid der Arbeiter immer weiter und verleiht die Ausbeutung. Deshalb forderte die Opposition auf dem Genossenschaftstag, daß die Genossenschaften alle Kräfte einsetzen sollen, um den Arbeiter zu helfen, die Kämpfe freisch durchzuführen zur Erhöhung des Reallohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Selbst Kollmann mußte zugeben, daß durch die Nationalisierung wohl Arbeit gelappt werden sei, aber es sei keine Preissteigerung, sondern die Erhöhung der Lebenskosten durchgeführt worden. Wenn die Genossenschaften sich die Aufgabe gestellt haben, die Konsuminteressen zu vertreten, dann müssen sie mitwirken, die Senkung des Reallohnes der Arbeiter zu verhindern. Sie müssen zu diesem Zwecke einen proletarischen Lebenshaltungsindeks regelmäßig veröffentlichen, um die Arbeiter aufzuklären über die Steuerpolitik der Regierung.

Das wichtigste aber ist die Unterstützung der Arbeiterkämpfe, die in den nächsten Monaten infolge der Teuerung und trotz langwieriger Tarifverträge von den Arbeitern als Abwehrmaßnahme gegen die Ausbeuterpolitik des Trübsaltages und des Bürgerblocks durchgeführt werden müssen.

Die Unterstützung der Arbeiterkämpfe ist das beste Werbemittel für die Genossenschaften, aber es ist zugleich die erfolgreichste Kampfmaßnahme gegen die Werkskonjunktur.

Die Notwendigkeit des Kampfbündnisses der Gewerkschaften und Genossenschaften ist nicht nur durch die Wirtschaftskrisis der letzten Monate in Deutschland, sondern auch durch den englischen Bergarbeiterstreik bewiesen. Die Arbeiter der englischen Bergarbeiter bedeutete eine Stärkung der Reaktion in England und damit eine Verschlechterung der Lage der Genossenschaften.

Die englischen Genossenschaften haben daraus die Lehre gezogen, die Gewerkschaften im Kampf gegen das Gewerkschaftsrecht und auch die Sowjetgenossenschaften gegen die Kriegspolitik der englischen Regierung zu unterstützen. Wenn werden die deutschen Genossenschaften zumbeh dieselben Konsequenzen aus den Lehren der Arbeiterkämpfe ziehen?

Die englischen Genossenschaften haben erkannt, daß sie ebenso wie den englischen Gewerkschaften auch den Sowjetgenossenschaften brüderlich die Hände reichen müssen.

Auch den deutschen Genossenschaften haben die Sowjetgenossenschaften die Hand gereicht, indem sie die deutschen Genossenschaften zu entenden. Als Genosse Dankte auf dem Genossenschaftstag in dieser Sache eine Anfrage an den Generalkongress stellen wollte, wurde ihm nach Ausdruck des Wortes „Sowjetgenossenschaften“ sofort das Wort entzogen. Sowjetgenossenschaften und Kriegsgelbe existieren für den Generalkongress der deutschen Genossenschaften nicht!

Feindschaft gegen die Sowjetgenossenschaften und die Sowjetunion, Freundschaft zur Bürgerblockregierung, das charakterisiert die Leitung der deutschen Genossenschaften und jene Delegierten, die ihr willenlos folgen.

Die Opposition hat auf dem 24. Genossenschaftstag die Aufgaben der Genossenschaften im Rahmen des proletarischen Klassenkampfes zur Diskussion gestellt und den Weg der Arbeiterklasse gezeigt. Jetzt ist es Sache der Mitglieder, der Bergarbeiterleitung über den Genossenschaftstag Stellung zu nehmen zu den Vorhändeln der Opposition und zur Politik des Generalkongresses. Die wichtigsten Fragen sind die folgenden:

1) Ist von der realisierten Bürgerblockregierung, ist von einer bürgerlichen Regierung die Abschaffung der Zölle und die wirksame Bekämpfung der Teuerung zu erwarten? Wenn das nicht, ja

Auslandswochenchau

Die Genfer Dunkelstimmer

Alle bürgerlichen Stimmen gehen jetzt mehr oder weniger offen zu, daß in Genf nichts mehr beizubringen sei, als an die Öffentlichkeit kam. Dies ist schon von den der Adresse Briand's vorangegangenen Besprechungen. Die Besprechungen geben j. B. ohne weiteres zu, daß die Anträge, die die russischen Abgeordneten gegen die Komintern — natürlich teilweise nicht gegen die russischen Staat — vorliegen. „Popolo d'Italia“, das Organ der „Massen“, gibt bekannt, daß in Genf eine neue „Liga“ um eine internationale Konferenz vorbereitet wird, die schon in den einzelnen Ländern zur Befähigung und Fragebogen über die trostlosen Maßnahmen ausendend — was die Komintern nicht bemerkt, daß Italien auf diese Seite nichts mehr zu lernen habe, wohl aber bereit ist, anderen Ländern auf Grund seiner Erfahrungen zu helfen. Auch der Papst hat die Konjunktur erregt und bereit ist, zu dem großen Kreuzung seinen Segen zu geben; in einer feierlichen Sitzung hat ein englischer Bankier nicht anders hätte halten können) wie er darauf hin, daß die bedauerlichen Unruhen in China und anderen Ländern auf das schließliche Eindringen des bolschewistischen Giftes zurückzuführen sind, gegen das die Regierungen bisher leider fast gar nichts getan haben.“ Sie werden nicht verdrängen, den geistigen Rat schlagend zu folgen!

Schon ehe die Unterredung zwischen Chamberlain und Stresemann stattfand, machte Herr Marx, wie die „D.Z.“ oft schon meldete und kein bürgerliches Blatt dementsagt, den Genossen die Möglichkeit darob aufzuweisen, daß eine Fortdauer der Weltwirtschaftlichen politischen Gegner den weltwirtschaftlichen Beziehungen nicht untraglich sein könnte.“ Schon damals hatte sich also Deutschland prinzipiell bereitgefunden, der Antikomintern-Verträge und dieser Art mit unzulässiger Rücksicht „im Interesse der Zivilisation“ diplomatisch vorzuziehen. Aber den Preis der deutschen Teilnahme bestanden noch ernste Meinungsverschiedenheiten, besonders in bezug auf die Beiträge, die Frankreich zu diesem Preise zu entrichten hätte. Die Besetzung Deutschlands nach nicht zufriedenkommen konnten — und hier liegen momentan die Hindernisse für eine sofortige Erfüllung der englischen Wünsche. Aber die Unterredung zwischen Stresemann und Chamberlain, die am Sonnabend stattfand, macht es klar, daß mit Deutschland keine wesentlichen Differenzen mehr vorliegen sind. Herr Chamberlain wird Zulagen gemacht haben, die die kleinen Staaten, die zu diesem Preis beigetragen haben, werden (Sich in der Mandatskommission, die am Sonntag in Genf stattfand) sicherlich weit hinausgehen. Es wird sich hier nicht nur um etwaige Kolonialwünsche handeln — das „Berliner Tageblatt“ schreibt hierzu, daß derartige Wünsche von „sehr zweifelhaftem Werte“ sind — sondern auch um Fragen der völligen Rheinlandräumung, der Aufhebung der deutschen Besatzungsbeschränkungen und über natürlich mit Deutschland für diese Beschränkungen keine bindenden Handlungen unternehmen — alles hängt davon ab, ob und wie es Chamberlain gelingt, seine Linie in Frankreich durchzusetzen, um diesen „guten Willen“ die Zahlung des deutschen Kaufpreises abtrotzen.

Reisungen in Frankreich

Unter diesem Gesichtspunkte sind die innerschweizerischen Reisungen der letzten Woche höchst bemerkenswert. In Paris hat sich die Reise hat — wenn das überhaupt noch notwendig war — die zwischen ihm und Briand bestehenden Gesandten in den großen außenpolitischen Fragen des Verhältnisses zu Deutschland klar herausgesprochen. Freilich darf man die Sache nicht zu aufwallen, als ob jetzt etwa die Weimarer-Gruppe diejenige sei, die — um die zur Gewöhnung Deutschlands nötigen Opfer zu vermeiden — lieber auf die Antikomintern-Verträge, als die innerpolitischen Auseinandersetzungen hat sich vielmehr als die konsequente Vertretung des „entschiedenen Vorgehens gegen die Komintern“ durchgefordert sofortige Verhandlung kommunistischer Abgeordneter, während sie den Reichstagspräsidenten Daubert erst überhaupt nicht verstehen wollte und dann keine Verhandlung durchzuführen ließ. Die Besuche und dann jammerrich ins Wasser gefallene Ber-

Der Stuttgarter Justizskandal

Der König der Provoleturen — Schwarze Polizei — haltlose Anschuldigungen

Am vierten Verhandlungstag im Kommunistenprozeß bringt Niedner das Bombenatent auf das Gebäude der „Völkischen Arbeiterzeitung“ am 26. November 1923 zur Sprache. Das Gebotene Verbot des KPD, nicht ohne General Seeck angeklagt, flog sich unter der Leitung von Schwarzbeamten, die die Anklage einer überlegenen Zeitung, was eine haltlose Konstruktion ist. Die Anbringung der Bombe ist demgegenüber ein Beweis, daß der Anschlag nicht als Verbrechen auf die Schuldbeamten gebracht sein kann. Der Anschlag wird von der KPD nicht bestritten und nicht mit ihren politischen Behauptungen vollkommen im Widerspruch. Aus den Verhandlungen ging hervor, daß politische Gesinnung ihre unaufrichtigen Hände im Spiel haben. Die Vernehmung der damals im Gebäude anwesenden Polizeibeamten ergibt, daß das Gebäude die Konstruktion der Bombe nicht gefährdet war und deshalb die Konstruktion der Bombe nicht gefährdet war.

Genosse Beitzhard, der auf Grund eines von ihm herausgegebenen Alarmbuchs zu einer Demonstration gegen das Verbot der Partei beauftragt wird, die Abwehrmaßnahmen für den Anschlag vorbereitet zu haben, erklärt, daß der Alarmbefehl von der Kriminalliste der KPD nicht bestritten wird. Die Vernehmung der Beifahrer der KPD, die auf Grund eines von ihm herausgegebenen Alarmbuchs zu einer Demonstration gegen das Verbot der Partei beauftragt wird, die Abwehrmaßnahmen für den Anschlag vorbereitet zu haben, erklärt, daß der Alarmbefehl von der Kriminalliste der KPD nicht bestritten wird.

In den Akten ein gefälschtes Vernehmungprotokoll befindet, was Niedner während der Verhandlung selbst zugeben muß. Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten. Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten. Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten.

Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten. Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten. Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten.

Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten. Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten. Die Vernehmung dieses Protokolls wird von der KPD nicht bestritten.

daß der Reichsanwalt an das Polizeipräsidium die Anweisung gegeben habe, die Aussagen der Polizeibeamten genau zu befragen, um zu verhindern, daß über vertrauliche Dienstangelegenheiten Aussagen gemacht werden. (Die Polizeibeamten sollten also alle vernehmen, was die Anklagigen irgendwem mitteilen konnten.)

Unter dem Einbruch dieser Mitteilung beschließt der Senat, dem Polizeipräsidium Mitteilung zu machen, den Zeugen die Aussage genehmigung zu erteilen. Von größter Bedeutung am vierten Verhandlungstag sind die

Entschuldigungen des Angeklagten Frey über die Schwarze Reichswehr in Württemberg

Frey stellt unter Beweis, daß im März 1923 Mitglieder der sozialistischen Organisationen von der Reichswehr militärisch ausgebildet wurden. Allein in einer Schulplazette waren 300 Mann Schwarze Reichswehr-Gruppen stationiert, die nach ihrer Ausbildung, mit Waffen versehen, in Baracken untergebracht wurden.

Am 5. Verhandlungstag des Prozesses gegen die Kommunisten ergab sich, daß die Konstruktion der Anschlagliste einzig und allein dem Anwalt, gegen einige Angeklagte, die die Anschlagliste irreführende Aussagen im Zusammenhang mit dem Anschlag machten, wurde.

Zunächst weist der Zeuge Polizeibeamter Herrle ein Schreiben des Polizeipräsidiums nach, das den Beamten die Aussagen über innerdienstliche Angelegenheiten verbietet und das mit der Reichsanwaltschaft schon vorher vereinbart war. Die Methode ist beschämend für den ganzen Prozeß. Dem Angeklagten Groß, der an dem Anschlag beteiligt war, wird eine Anzahl Vernehmungprotokolle vorgelesen, die er nicht anerkennen will, weil er nicht weiß, wie sie zustande gekommen sind. Doch auch in einigen anderen Protokollen enthalten Darstellungen der Vorbereitung des Anschlages sind ungläubig falsch. Die strafrechtlichen Methoden der militärischen Angelegenheiten im Prozeß eine große Rolle. Die Angeklagten sollten nicht gefällig sein, sondern die Wahrheit von der Verteidigung ausdrücklich festgestellt wird. Der Richter-Senat verurteilt die Angeklagten zu bestrafen, konnte jedoch den Einbruch, den die Aussagen der Angeklagten auf die Zeugen machten, nicht verhindern.

(im Verhältnis zu England) gleicher Wertes für sich in Bezug auf die weiteren Kompetenzen, die beim heutigen Stand der Gesellschaft die Hauptrolle spielen, aufgewickelt. „Morning Post“ meint dazu, „es föhrt keine Gleichheit bestehen zwischen den Streitkräften zweier Staaten, deren Bedürfnisse ganz verschiedenen Natur sind.“ Das heißt also, daß der englische Imperialismus nicht freiwillig sich zu dem europäischen Staat, der die maritime Überlegenheit hergeben will. Japan möchte am liebsten von der ganzen See-Überlegenheit nichts wissen — darauf es ihm ankommt, ist ein „Lacerno des Äthien Deans“, d. h. die Zulassung englischer Bälle im Falle eines Konfliktes mit den Vereinigten Staaten. Frankreich sieht sich überhaupt nicht erfordern, sie wollen sich auf seine Schiffbauindustrie im Bau von U-Booten einlassen, auf keine Weise, mit der sie eventuell gegen die englische Übermacht auftreten könnten.

In diesen „passifistischen“ Debatten liegt schon das Vorzeichen des neuen Weltkrieges, der durch die gemeinsame Abrechnung mit der Sowjetunion notwendig wird. Die Welt wird aber im Falle eines Gelingens dieser Aktion und eines Verlangens des internationalen Protektors mit unabwehrbarer Sicherheit als Streit um die Werte zum Ausdruck kommen müßte.

Vormärts in China

Die Kräfte der chinesischen Revolution haben sich in der letzten Woche wieder mehr nach innen gewandt. Die Konferenz von Tschangtschiang beschloß die Überführung der Armee Tschangtschiang aus dem Norden; sie soll — von der notwendigen Erholung abgesehen — nun endlich in der näheren Umgebung Hankaus mit den verschiedenen Verbänden Tschangtschiang, die einige hundert Meilen weiter nördlich stationiert sind, vereinigt werden. Die Verhandlungen sind, aufzukommen. Schon sind einige Divisionen aus dem Norden in Hankau eingetroffen und schon in der letzten Wochenschau konnten wir gegen Janssen erzielte Erfolge, denen nun auch solche gegen Saobing folgen, werden. Liquidiert sind diese Gruppierungen noch nicht, aber ihre endgültige Entscheidung wird nur noch die Frage weniger Wochen sein. An der Nordfront ist die Armee Tschangtschiang, deren Vormarsch sich nun wohl weitgehend verlangsamt hat; sie heute liegen keine Meldungen über eine Überbreitung des Hoangho vor.

Nach schwerwiegenden waren die Ereignisse, die sich im Laufe der Woche in Suan an sich angedeutet haben, die Konferenz des Reichstages von Tschangtschiang abgelehnt. Nach einigen Schwankungen im Lager Hankaus ist diese Sache nun erledigt — vorwiegend auf Grund des raschen Eintritzens der bewaffneten Bauernmassen. Die rasche Abwanderung der Arbeiter und Bauern in diesem Land gibt uns die Gewähr für eine Weiterentwicklung der inneren Kämpfe, die sich nach dem Zusammenbruch der Diktatur der Arbeiter und Bauern und für die Schaffung von Klassenmäßig unbedingt unerlässlichen Armeereformationen.

Tschangtschiang's letzte Heere Vormarsch in der Provinz Schantung ist und dieser nun mit einer bombastischen Propaganda im Sinne der kommunistischen Propaganda, die sich im Sinne der englischen Presse müssen zeigen, daß Tschangtschiang's Heere zu seinen Ausfahrten auf eine Schaffung Nordchinas in bedeutendem Widerspruch stehen.

Terror in Mussolinien

(Eig. Drahtm.) Rom, 25. Juni. Das außerordentliche Gericht zum Schutze des Staates hat einen Prozeß gegen 24 italienische Kommunisten durchgeführt und sie der Verurteilung gegen den Staat für schuldig erklärt. Sie wurden verurteilt zu lebenslänglichen Gefängnisstrafen. Andere Angeklagte wurden ebenfalls der Teilnahme „am Aufruhr“ für schuldig befunden und acht von ihnen zu drei bis sechs Jahren Zuchthaus und drei Jahren Polizeiaufsicht verurteilt. Neun weitere Angeklagte wurden zu je einem Monat Zuchthaus und einem Jahr Polizeiaufsicht verurteilt.

Demonstrationen in Kanton

(Eig. Drahtm.) Kanton, 24. Juni. Anläßlich des Jahresfestes des englischen Klubbes in Canton fanden in Kanton MassenDemonstrationen statt. Die Demonstrationen wurden in ihrer Richtung gegen den englischen Imperialismus und gegen die imperialistische Politik im Sinne der kommunistischen Propaganda abgelehnt. Die Hauptkräfte der Demonstrationen waren von Polizeitruppen Tschangtschiang's mit Wagners und Wagnersnangewehr besetzt. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist es zu keinen größeren Zusammenstößen gekommen.

In Wafshan findet zuerst der Prozeß gegen den Februar-Revolutionen beteiligte Verurteilung statt.

Das englische Interdiktum nahm das Antigerichtswesen in ihrer Wirkung an. Wieder einmal abgelehnt hat wegen schlechten Wetters der Nordpolitzer Kund seinen Ausgangspunkt.

Dammbruchkatastrophe auf einem Braunkohlenwerk

Der Damm der Spülkippe bei den Sächsischen Werken in Böhlen geborsten — Zwei Dörfer im Schlamm versunken

Auf dem kassischen Braunkohlenwerk Böhlen (Sachsen) ereignete sich am Freitag gegen 8 Uhr eine außerordentlich schwere Dammbruchkatastrophe, die die Dörferchen Lippenborf und Spahnborf im Schlamm versinken ließ und in den Werksanlagen großen Schaden anrichtete. Wie immer, so gab auch hier zunächst die Direktion eine harmlose Klänge, beruhigende Meldung heraus:

„Durch einen Dammbruch ist ein Teil des Wassers aus der Spülkippe des Braunkohlenwerkes in den Tagebau hineingelaufen, so daß der Betrieb der Grube bis zum Wiedererfüllen der tieferen Sohle unterbrochen ist. Der Kraftwerksbetrieb ist nicht gefährdet. Ueber den Schaden, der durch den Wassereintritt in den benachbarten Dörfern Lippenborf und Spahnborf sowie in den Grubenanlagen entstanden ist, sind Ermittlungen im Gange.“

Diese Meldung steht mit anderen vorliegenden Meldungen im Widerspruch. Wenn sich auch noch nicht absehen läßt, wie groß die Schäden dieser Katastrophe sind, so steht doch fest, daß auf der Grube für lange Zeit die Arbeit unmöglich ist und die Dörfer Lippenborf und Spahnborf vollkommen vernichtet worden sind.

Die Dämme der Spülkippe des Böhleren Braunkohlenwerkes sind wahrscheinlich infolge ungenügender Bauaufsicht in einer Breite von 300 bis 400 Metern gegenwärtig auf die Dörferchen Lippenborf und Spahnborf. Die Arbeit von vielen Jahren ist vernichtet. Die Eisenbahnschienen wurden wie dünne Drähte aus dem Fundament gerissen und zerbrochen. In Lippenborf steht der Schlamm an den oberen Türbänken. Es ist zu vermuten, daß noch mehr bis an die oberen Türbänke. Es ist zu vermuten, daß noch mehr bis an die oberen Türbänke. Es ist zu vermuten, daß noch mehr bis an die oberen Türbänke.

Die Sächsischen Werke sind in letzter Zeit von einer Reihe Katastrophen und Unglücksfällen

perfolgt worden. In aller Erinnerung steht noch der 2. April 1925. Da fürste plötzlich mit lauem Getriebe der über 100 Meter hohe Schornstein des Kraftwerkes zusammen und begrub unter seinen Trümmern 11 Arbeiter. Am 20. Oktober 1926 war in der Entwässerungsanlage der Böhleren ein großer Schaden an der großen Gebäudewand anrichtete. Am 12. September plagte beim Probelauf ein Generator der neu aufgestellten Dampfturbinen. Ein Maschinist wurde dabei getötet und drei weitere erheblich verletzt. Neben zahlreichen kleinen Betriebsunfällen soll auch noch das schwere Unionsunglück erwähnt werden, das am 18. April 1926 bei der Böhleren ein großes Unglück auf dem Gelände der Sächsischen Werke herbeiführte wurde. Ein Leipziger Sportsmann, mit Namen Henning, stürzte mit seinem Kraftwagen in einen Tagebau und kam bei dem Unglücksfall ums Leben.

Die Arbeiterhaft hat angefangen dieser Verhältnisse alle Ursachen, die strenge Nachprüfung der fortgesetzten Katastrophen zu verlangen.

Gegen das arbeitermordende Antreibesystem!

Neur Schutz den Arbeitern gegen Unfallgefahr!

Als Anlaß des fürchterlichen Unglücks bei dem Neubau der Eisenbahnwerkstätte in Niederschönewitz bei der kommunalistischen Fraktion im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht:

„Bei dem Bau der Eisenbahnwerkstätten in Niederschönewitz bei der kommunalistischen Fraktion im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Bei dem Bau der Eisenbahnwerkstätten in Niederschönewitz bei der kommunalistischen Fraktion im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht: Bei dem Bau der Eisenbahnwerkstätten in Niederschönewitz bei der kommunalistischen Fraktion im Preussischen Landtag folgenden Antrag eingebracht.“

- 1. daß die schuldigen Firmen zu vollen Schadenersatz gezwungen wird,
2. daß die Bauaufsichtsbeamten zur Verantwortung gezogen werden,
3. daß endlich allgemein ein in jeder Hinsicht ausreichender Bauarbeitschutz zur Durchföhrung kommt.“

Merseburg-Leuna-Querfurt

Die Stahlhelmbanditen in Merseburg

Polizeiterror gegen Kommunisten - Wahloffe Verhaftungen roter Demonstranten

Das schicksaliche Geschehen, das sich in Krähwinkel-Merseburg...

Die rote Front war auch zur Stelle, ganz spontan hatten sich...

Die reaktionären Polizeioffiziere aber verhielten sich mit allen...

Der Soldat der Republik ist auch ein weiseres Kind und drang...

Nach Schluß des Aufmarsches nahmen die Polizeibeamten ganz...

Alles in allem war der Erfolg des Tages auf Seiten der roten...

Somit werden sie streifen in den bürgerlichen Schmierkästern...

Dem Polizeiterror

ist der revolutionäre Kern der Merseburger Arbeiterkraft ge...

Aus dem Saalkreis

Ammerdorf. Versteckte Förderung der Arbeiterkraft!...

Ammerdorf. Versteckte Förderung der Arbeiterkraft!...

burg aufziehen, da wird der Gummitrappel auf die Route nieder...

Merseburg. Stand der Erwerbslosenfürsorge am 18. Juni 1927: 79 Männer, 11 Frauen, 224 Zuschlagsempfänger...

Merseburg. Tagesordnung zur Sitzung der Stadtratsvor...

Merseburg. Wie verlief der Riechertummel am Sonntag?

Leunawitz. Wälderung - Straßenbeleuchtung. Die Wälderungs- und Ausschachtungsarbeiten an der...

Leunawitz. Wälderung - Straßenbeleuchtung. Es ist angebracht, schon jetzt dahingehenden, daß ein entspre...

aufführungen geboten werden. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Grasfeld. Beurteilt. Der zu drei Jahren Zuchthaus und fünf...

Wettin. Erfolgreiche Werberveranstaltung. Am Sonntag, dem 19. Juni, beging der KAP seine Werberveranstal...

Wettin. Erfolgreiche Werberveranstaltung. Am Sonntag, dem 19. Juni, beging der KAP seine Werberveranstal...

Was der Leinabziger meend

Ich werwe fern Jung Schbarbagus

Icht is widder emal e Rahos in mein Schädlel. Es schmernde...

Mit worderes janz anderlich, ich nahm mein Schabeggel an...

Den Rahmibudde hing ich gleich alleene e bishden schbarjern...

De SPD-Schbarredchen machen ooch weider nischid wie schenfern...

oom. Wenn mer das Reins-Juchhaus sieh lewer de Leinamand...

Als ich frotz ausjemänder hadde, war ich widder alleene. Ich jing in...

Ich sah den Wald sich färben, de Wald war grau un schumm,

ene frohschidige Werbung fern Jung-Schbarbagausbund, fer de...



Wir bleib weider nischid unwarich, ich muode midloggen. Er hadde...

In der Sitzung worden allerhand Maßnahmen beschlossene, die...

Es scheint, als ob de Ginter heide alle e Reichen weider sein,

Uewerthaud is es ene feine Sache, mid Ginter unsejnen, wenn...

Ich sehe also nischid Boche fern Jung-Schbarbagausbund mid...

